

Statement Carla Reemtsma, Klima-Aktivistin bei Fridays For Future

Die Klimakrise eskaliert. Wir erleben gerade vermutlich den heißesten März jemals – nachdem auch bereits in den neun Monaten davor jeder Monat ein Rekordmonat war. Während ein Hitzerekord auf den nächsten folgt, zertrümmert die Regierung mit ihrer Blockade des Klimageldes das Fundament ihrer eigenen Klimapolitik: Die soziale Akzeptanz.

Seit mehr als fünf Jahren gehen junge Menschen auf die Straße und fordern eine konsequente Klimapolitik. Eine Klimapolitik, die eine lebenswerte Zukunft ermöglicht. Die das Klima schützt und sozial gerecht ist. Und seit Jahren ist die gesellschaftliche Zustimmung zu mehr Klimaschutz ungebrochen hoch: Trotz Corona-Krise und hoher Energiepreise finden weiterhin mehr als 4 von 5 Menschen in Deutschland, dass die Bundesregierung das Klima besser schützen sollte.

Der CO₂-Preis ist ein zentraler Teil der deutschen und europäischen Klimapolitik: Aufgrund der immer höher werdenden Preise werden emissionsintensive Tätigkeiten und Produkte weniger nachgefragt – die Emissionen sinken, bestenfalls in allen Bereichen. Die Preissteigerungen betreffen dabei jeden, der beispielsweise Auto fährt oder mit Gas heizt. Die Preissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine haben gezeigt, welche drastischen Konsequenzen Preissteigerungen bei lebenswichtigen Gütern, insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen haben können. Diesen Dilemmas ist sich die Ampel bewusst: Schon im Koalitionsvertrag verspricht die Regierung, einen „sozialen Kompensationsmechanismus“ einzuführen, um die „Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten“.

Die Regierung weiß also: Klimaschutz braucht sozialen Ausgleich. Und das Klimageld ist die Möglichkeit, Menschen zu entlasten und Klimaschutz sozial zu gestalten. Doch statt das vor zweieinhalb Jahren versprochene Klimageld einzuführen, blockiert sie die Umsetzung. Wahlweise fehlt entweder die Auszahlungsmöglichkeit oder aber das Geld.

Finanzminister Christian Lindner spricht jetzt von einer Einführung 2027. Acht Jahre nach der Einführung des deutschen CO₂-Preises könnten so die Einnahmen zurück an die Bürger*innen gegeben werden. Doch schon im nächsten Satz wird dieser Ausgleich

in Frage gestellt: Es müsse sich zwischen sozialem Ausgleich und Förderprogrammen für klimafreundliche Technologien entschieden werden.

Dabei ist klar: Gute Klimapolitik braucht sozialen Ausgleich genauso wie finanzielle Unterstützung für die Transformation. Mit ihrer aktuellen Blockade des Klimageldes macht die Bundesregierung deutlich: Sozialer Klimaschutz scheitert an der Ampel – nicht an fehlenden Instrumenten. Wir wissen: Die sozial-ökologische Transformation ist technisch und gesellschaftlich machbar. Der klimaneutrale Umbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stattfindet. Wie wir zur Arbeit kommen, wie wir heizen, was wir essen.

Aktuell versuchen Rechtsextreme diese Herausforderungen zu diskreditieren und Angst vor der Veränderung zu schüren. Vor dem Hintergrund der inflationsbedingt hohen Energiepreise schüren sie Angst vor der Energie- und Wärmewende. Während wir alle ein warmes Zuhause brauchen, steigt die Verunsicherung darüber, wie das in Zukunft bezahlt werden kann. Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung in Sachen Klimageld ist eine Katastrophe für das Vertrauen in die Klimapolitik.

Es ist klar: Das Klimageld einzuführen wird die Klimakrise allein nicht lösen. Aber das Klimageld nicht einzuführen, sabotiert jeden Klimaschutz.